

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLLES STEHT IM EIGENEN LANDE!

Karl Liebknecht

DER SPARTAKIST

ORGAN DER
INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHIS

Nr. 13 - November 1946

Preis S 1,-

KAMPF FÜR DIE ARBEITERFORDERUNGEN - NUN ERST RECHT!

Wochenlang wurde geredet, wurden die Arbeiter beruhigt, hintergehalten, vertröstet mit dem Hinweis auf die Vorständekonferenz der Gewerkschaften, die zusammentreten, beraten, beschließen werden. Sie liegt nun hinter uns, diese berühmte Konferenz; ihr Ergebnis ist das Aufhören der "Unruhe in den Betrieben". Nicht mehr treten die Arbeiter zum Kochenbeginn in kurze Streiks, nicht mehr entsenden sie Deputationen an Gewerkschaftsbund und Regierung. Wurde die Ernährung, die Versorgung mit den wichtigsten Verbrauchsgütern verbessert, die Teuerung gestoppt, die Löhne erhöht, die Massensteuern reduziert, wurde den Forderungen der Arbeiter nachgegeben? Nichts von alledem! Nicht die Arbeiter, die Bourgeoisie kann zufrieden sein: Die Koalitionspartner des Herrn Figl haben ihre Lakaienpflicht erfüllt, haben den "destruktiven Elementen in den Betrieben", d.h. der Arbeiterklasse die kalte Schulter gezeigt. Die Arbeiter wollten den Kampf; sie wurden abgespeist mit einer papiernen Resolution an die Regierung, die ihrerseits ihren vielen gebrochenen Versprechungen eine neue hinzufügt, und die nicht im Traum daran denkt, auch nur eine einzige zu halten; die den Kurs auf Aushungerung und Ausplünderung der Massen fortsetzt und dabei gar nichts riskiert, weil ihr dieses elende, feige Parlament einstimmig das Vertrauen ausspricht.

Zusammen mit der ÖVP haben Sozialdemokratie und "Kommunistische" Partei für die Regierung gestimmt! Der in dieser schamlosen Dokumentation offen sichtbare Verrat von SP und stalinscher KP, der Verrat der von ihnen gestellten Gewerkschaftsspitzen legt sich als Welle der Enttuschung, Entmutigung und Hoffnungslosigkeit auf die Massen, verwirrt, zersetzt, lähmt sie, scheint jene "Ruhe" für den "Aufbau" zu schaffen, die Herr Figl im Interesse der Kapitalisten so dringend verlangt hat.

INHALTSVERZEICHNIS:

Kampf für die Arbeiterforderungen	
- nun erst recht!	S. 1
Stalinscher Bankrott	S. 3
Marxismus und Opportunismus in der	
Frage des Staatsapparates .	S. 8
Streiflichter zur Lage	S. 12
Berichtigungen und Zitate ...	S. 13

DIE MASSEN SIND NOCH NICHT GESCHLAGEN

Die "Unruhe in den Betrieben" hat aufgehört; die Massen sind geschwächt und entmutigt; doch dieser Zustand wird nicht lange anhalten. Die Bourgeoisie hat Boden gewonnen; sie kann und wird nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, um den morschen Kapitalismus wieder flott zu machen, wird sie ihre Raub- und Hungeroffensive noch mehr vorwärtstreiben. Sie ist dabei in keiner günstigen Lage. Sie kann nicht so wie nach 1918 den Massen die Stabilisierung ihrer Herrschaft durch kleine Präsentchen und Reformen schmackhaft machen. Sie kann ihre Absichten nur verwirklichen, wenn sie die Massen vorher im offenen Kampf niederwirft. Sie muß ihre Rauboffensive auf einen kurzen Zeitraum zusammendrängen; die Verschiebung der Machtverhältnisse, die einzelnen politischen Übergänge werden jäh und sprunghaft sein. Diese Periode der offenen Klassenauseinandersetzungen liegt noch vor uns, wird durch die gegenwärtige kapitalistische Offensive erst vorbereitet. Doch diese selbe Offensive schafft Bedingungen, die die lähmenden Wirkungen der verräterischen Politik von Sozialdemokratie und Stalinpartei wieder aufheben, in den Massen von neuem die Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit des wirklichen, ernsthaften Kampfes für ihre Interessen wachrufen wird.

DIE MASSEN BRAUCHEN FÜR DIESEN KAMPF EINE FÜHRUNG

Es wäre ein Unsinn, den Rückschlag, den die österreichische Arbeiterklasse erlitten hat, zu leugnen. Es wäre ein ungleich größerer Fehler, daraus pessimistische Schlüsse zu ziehen. Notwendig ist vielmehr, die Ursache des Rückschlages zu erkennen, sie den Arbeitern zu erklären und gemeinsam mit ihnen es in Zukunft besser machen.

Die Arbeiter wollten kämpfen, aber die SP wollte und will das nicht. Gemeinsam mit den gelben ÖVP-"Gewerkschaftern", gemeinsam mit diesen Streikbrechern von Beruf haben sie sich gegen die Arbeiter gestellt, den Kampf abgewürgt, bevor er noch begann. Und wer hätte die Stalinpartei, die schon wochenlang vorher mit der Generalstreikparole kokettiert hat, hindern können, der ÖVP/SP zu trotz die Arbeiter zur Aktion aufzurufen? Doch sie ließ sich gehorsam überstimmen. Sie hielt "Zusammen", um die "demokratische Zusammenarbeit" nicht zu gefährden. Sie zeigte vor allem ein paar Tage später durch ihr Verhalten im Parlament, daß es ihr mit dem Generalstreikantrag gar nicht ernst war. Zusammen mit der ÖVP und SP stimmte sie für die Regierungsresolution und damit gegen die Arbeiter, so wie sie noch heute gemeinsam mit diesen Parteien in der Regierung sitzt und darum trotz allen Geschreis für alle Handlungen dieser Regierung verantwortlich ist.

Die Arbeiter sollen aber immer daran denken: In der Woche, in der sie die Aufnahme des entschlossenen Kampfes, das Signal dazu erwartet, haben SP und Stalinpartei sich gegen die Arbeiterforderungen, für die Koalition entschieden. Das konnte nicht anders sein. Beide stehen grundsätzlich auf dem Boden der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Wer mit der Kapitalistenklasse oder auch nur mit Teilen von ihr, wer mit einer kapitalistischen Partei verbündet ist, der kann nicht die Arbeiterinteressen wirksam vertreten. Kampf für die Arbeiterforderungen? Auf dem Papier, mit dem Maul - ja. In der Praxis aber - nein! Das ist die eiserne Konsequenz der Koalitionspolitik. Lie besten, die kampfentschlossensten, die vorgeschrittensten Arbeiter werden dies nun erkennen. Sie müssen gewonnen, sie müssen überzeugt werden von der Notwendigkeit einer wirklichen Kampfführung, von der Notwendigkeit des Aufbaus der neuen revolutionären Klassenpartei.

STALINSCHER BANKROTT

I. DIE NIEDERLAGE DER SED.

Das Ergebnis der Berliner Wahl ist ein Faustschlag ins Gesicht Stalins, macht den Bankrott Stalins auch in Deutschland sichtbar. Trotz der elenden Versuche Stalins und seiner Satrapen, mit Zuckerbrot und Peitsche die deutschen Arbeiter kirre zu machen und der SED (Sozialistische "Einheits"-Partei Deutschlands), die unter der direkten Patronanz der Stalinbürokratie geschaffen wurde, zum Wahlsieg zu verhelfen, haben die Berliner Arbeiter anders gehandelt als die Bürokraten erwarteten und der SED einen Fußtritt versetzt. Sieger bleibt die SPD, und das sogar in der russischen Zone Berlins! In der Provinz machte es sich die Stalinbürokratie bequem, sie verbot einfach die SPD und stellte so den "Sieg" der SED sicher. Bürgerliche Parteien wurden natürlich nicht verboten!

Gewiß, die Berliner Arbeiter haben ihre Stimme der SPD gegeben, die natürlich ebenso verfault und völlig untauglich für das Proletariat ist wie die SED. Aber was sollten sie angesichts der Lage anderes tun? Die verbrecherische stalinsche Besatzungspolitik, die die deutschen Arbeiter in noch ganz anderem Ausmaß erleben als wir, hat sie abgestoßen, weggetrieben von der SED und der SPD in die Arme getrieben. Das gilt zumindest von der großen Masse des Berliner Proletariats. So erweist sich die Stalinpolitik letzten Endes als Zutreiber der SP, des Verratskonkurrenten der Stalinparteien.

II. WAS IST DIE SED?

Als die Rote Armee in Deutschland sich festgesetzt hatte, suchte die Stalinbürokratie nach einer Stütze in den Massen. Sie nützte zum Teil die anfänglichen Illusionen der Massen aus, zum anderen Teil zog sie mittels Korruption von SP-Spitzen diesen folgende Massenteile in die frühere KPD hinein und gab dem so entstandenen Gebilde den Namen "Sozialistische Einheitspartei". Soviel Worte, soviel Lügen!

Die neue Firma hat nämlich nichts mit dem Sozialismus, noch mit der Arbeitereinheit zu tun. Die SED steht so wie alle Stalinparteien auf dem Boden der "Volksfront", d.h. auf der Linie des Bündnisses mit dem Todfeind der Arbeiter, mit den Kapitalisten. Sie ist so wie die SP eine Verratspartei, an deren Spitze alte und neue Stalinbürokraten stehen. Denn die SP-Spitzen, die zur SED hinüberwechselten, haben sich mit Leichtigkeit in Stalinbürokraten verwandelt.

Wer auf der Linie der Zusammenarbeit, des Bündnisses, der Koalition, der Konzentration mit der Kapitalistenklasse, mit Teilen derselben steht, der betreibt Verrat am Sozialismus, und wenn er sich die schönsten Firmennamen gibt! Welche schönen Namen hat sich nicht schon die SP gegeben. Besonders wenn die unvermeidlichen Auswirkungen ihrer Verratspolitik für das Proletariat sichtbar geworden; wenn das Proletariat von der Bourgeoisie Niederlage auf Niederlage einstecken mußte - da fanden die SP-Vertreter immer schöne Namen, um die Arbeiter zu foppen und sie wieder für sich einzufangen.

So unauten sich die gefinkeltsten SP-Bürokraten, besonders ihre jüngere Generation, in Österreich nach dem Februar 1934 "Revolutionäre Sozialisten". Sie gebärdeten sich "revolutionär", sie verfaßten ein "neues" Programm, sie gaben sogar die Losung "Diktatur der Werktätigen"! Nur über einen Punkt schwieg dieses

"revolutionäre" Programm: über die Unzulässigkeit der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie! Über diesen entscheidenden Punkt schwiegen sich die "Revolutionären Sozialisten" in ihrem Programm aus - und entlarvten sich damit selbst als Betrüger und Verräter am Proletariat. Ihr ganzes Gejammer über die begangenen "Fehler" entpuppte sich als glatter Betrug: denn der Frage, ob eine Arbeiterpartei mit dem Todfeind der Arbeiter, offen oder verhüllt, in Bündnis, in der Zusammenarbeit stehen dürfe, wichen die "Revolutionäre" aus!

Seit dem April des Vorjahres zeigt sich ganz klar, wie recht die proletarischen Revolutionäre hatten, als sie schon damals die RS-Verräter entlarvten. Heute sitzen die Migsch-Scharf und Konsorten brav mit der ÖVP zusammen, sie maulen manchmal, aber sie bleiben bei der Stange. Alles ist "vergessen": alle "Fehler", die "Diktatur der Werktätigen" usw. Zusammengehen mit der Kapitalistenklasse, fette Pöstchen und Posten einnehmen - und die Arbeiter betrügen und verraten, das zeigt sich heute offen, das treffen auch die "Revolutionären Sozialisten" von 1934.

Nun, ein ähnliches Betrugsmanöver führt die Stalinpartei in Deutschland auf. 1933 hat sie die Arbeiterklasse Deutschlands in die fürchterliche Niederlage geführt, die das deutsche Proletariat je erlitten hat, selbst die von 1914 mitgerechnet. Die ehemalige KPD erwies sich 1933 durch die Stalinpolitik vollständig unfähig, Hitlers Sieg zu verhindern. Die Stalinbürokraten verschwanden nach Moskau, das deutsche Proletariat der Hölle Hitlers überlassend. 1945 sind sie wiedergekehrt. Jetzt begann der Verrat von neuen. Hat bis 1945 das Moskauer Radio dazu gedient, die deutschen Massen zu verraten, ihnen die "Deutsche Freiheitsfront", d.h. die Bereitschaft der Stalinpartei, mit dem "antifaschistischen" Teil der deutschen Bourgeoisie zusammenzuarbeiten, angeboten, so sind seither die Pieck & Co. nach Berlin zurückgekehrt und haben ihr Verratsgewerbe in Deutschland selbst aufgenommen.

Der alte Name KPD, einst Stolz des internationalen Proletariats, die Partei Karl Liebknechts, 1933 von den Stalinbanditen geschändet, wurde fallengelassen, als es gelang, einen Teil der SP-Arbeiter zu ködern und in die Stalinpartei zu ziehen. Der neue Name SED ist ein echter Betrugsnamen, geschaffen, um die deutschen Arbeiter hinters Licht zu führen.

Wer mit der Kapitalistenklasse zusammenarbeitet, bereit ist, mit Teilen derselben, mit ihrem "antifaschistischen" Teil zusammenzugehen, ist ein Verräter am Proletariat, am Sozialismus. Niemand kann das Proletariat seine Grundinteressen durchsetzen, kann es den Sozialismus aufrichten in Bündnis mit seinem Todfeind, mit der Kapitalisten. Jede Politik, welche auf ein solches Bündnis offen oder verschleiert ausgeht, schwächt das Proletariat, stärkt die Bourgeoisie, bereitet dem Proletariat nur Niederlagen. Die SED geht auf ein solches Bündnis, auf die "Volksfront" mit der "liberalen" deutschen Bourgeoisie aus; sie ist daher genau so eine Verräterpartei wie SPD, die kein anderes Ziel, keine andere Grundlinie hat.

Nur ein Unterschied trennt sie: bei der SPD sitzen die verkleinbürgerlichten SP-Bürokraten oben, welche die deutsche Bourgeoisie bedienen so wie bis 1933, sie sind die Lakaien der deutschen Bourgeoisie, die in Deutschland selbst wurzeln. (Heute nehmen sie Trinkgelder von der anglo-amerikanischen Bourgeoisie außerden).

Die SED dagegen ist die Partei der Stalinbürokraten, die der deutschen Bourgeoisie dienen, um sie für einen außenpolitischen Kurs zusammen mit der SU zu gewinnen. Sie dienen um die "liberale", "antifaschistische" deutsche Bourgeoisie herum, bieten

sich an, liegen am Bauch vor ihr - nur um sie zu "gewinnen", mag das deutsche Proletariat dabei zugrundegehen.

Durch ihre Grundlinie der "Volksfront", des Bündnisses mit der Bourgeoisie, dem Klassenfeind der Arbeiterklasse, ist die SED also genau so wenig eine wirklich sozialistische Partei wie die SP. Sie ist eine kleinbürgerliche Verratspartei, die an die Stelle der alten, durch die Stalinpolitik vollkommen zerstörten KPD getreten ist. Sie ist ein Instrument der Stalinbürokratie, dient ihren Interessen, für welche sie die Arbeiter ausnutzt, so wie die SP die Arbeiter für die Interessen der verkleinbürgerlichten SP-Bürokratie ausnutzt.

Genau so wie die SP ist die SED eine Partei der Spaltung der Arbeiterklasse. Wer mit der Kapitalistenklasse zusammenarbeitet, wer auf diese Zusammenarbeit, auf die "Volksfront" mit den Kapitalisten ausgeht, wer sie anstrebt, offen oder verhüllt, der spaltet die Arbeiterklasse, der zieht sie letzten Endes hinter die Kapitalistenklasse, unterwirft sie der Bourgeoisie. Das ganze Geschrei über Arbeitereinheit dient der Stalinbürokratie, genau so wie der SP-Bürokratie, nur zum Betrug an den Arbeitern, die natürlich nach Einheit im Kampf streben müssen, aber Einheit im Kampfe gegen die ganze Bourgeoisie! Und eben diese tatsächliche Einheit untergraben SP wie SED, geben sie ununterbrochen preis, spalten dadurch die Arbeiterklasse.

In Wahrheit ist also die SED eine scheinsozialistische, durch ihre "Volksfront"-Linie die Arbeiterklasse spaltende kleinbürgerliche Verratspartei genau so wie die SPD. Beide sind nur Verratskonkurrenten, die eine Stütze in den Arbeitern suchen. Weil der SP - vor allem dank der Stalinpolitik selbst - das besser gelingt, deshalb die Wut der Stalinbürokratie!

III. DIE URSACHEN DER NIEDERLAGE.

Wie erklären die Stalinbürokraten die Niederlage der SED bei den Wahlen? Perfide erklären sie: es stecke eben noch zuviel Goebbelsches Gift in den Arbeitern! Wenn das wirklich stimmen würde: haben die Stalinbürokraten nicht über ein Jahr Zeit gehabt, durch eine die Arbeiter überzeugende, gewinnende Politik dieses Goebbelsche Gift aus den Arbeitern herauszutreiben? In Wahrheit richtet sich also dieses "Argument" gegen die SED, gegen die Stalinbürokratie selbst! Aber das stalinsche "Argument" ist ein echt bürokratisches: nie sind die Bürokraten schuld, immer die Massen selbst. Und das führt uns an die wirklichen Ursachen der Niederlage der SED heran. Wir wollen nur einige aufzeigen.

Wem halsen die Stalinbürokraten die Schuld am Krieg der Hitler & Co., der deutschen Finanzbourgeoisie, der deutschen Kapitalistenklasse auf? Immer wieder machen sie dafür das ganze deutsche Volk verantwortlich! Die Stalingauner unterscheiden nicht zwischen dem wirklichen Volk, den Arbeitern, Kleinbauern, unteren Beamten und der Kapitalistenklasse, in deren Banditeninteresse das wirkliche deutsche Volk, seine werktätigen Massen in die Kriegsmaschine eingespant wurde. Aber die Stalinbürokraten haben gute Gründe, so zu sprechen. Sie wollen aus den deutschen Massen an Reparationen herausholen, was nur geht, um den Stalinschen Bankrott in der SU zu verdecken. Dabei soll aber die deutsche Bourgeoisie geschont werden, damit sie für die "Volksfront" gewonnen wird. Also erklärt die verbrecherische Bürokratie: das ganze deutsche Volk ist schuld am Krieg. Das hat auch die SED vertreten. Die deutschen Arbeiter haben nun Stalin die Quittung überreicht: überall, im Westen wie im Osten, haben sie in ihrer großen Mehrheit der SP ihre Stimme gegeben. Der SP aber nur, weil sie noch keine Klassenpartei haben. Nur deshalb!

wirkliche

Ferner haben die Deutschen, die Berliner Arbeiter die Stalinische Besatzungspolitik bis zur Neige ausgekostet und kosten sie noch aus. Die Stalinbürokratie läßt deutsche Betriebe abbrechen, nach Rußland transportieren, deportiert Deutsche Arbeiter, hält die Kriegsgefangenen in Zwangsarbeit zurück - alles nur, um den Stalinbankrott in der SU zu verdecken. Alle diese stalinischen Verbrechen nutzt die SP aus, sie sind natürlich Wasser auf ihre Mühle. Die SED macht die ganzen Verbrechen der Stalinbürokratie mit, deckt sie noch. Kein Wunder, wenn sie den wohlverdienten Fußtritt erhält.

Schließlich haben die Stalin-Molotow deutsche Gebiete, wie Schlesien, Pommern einfach Polen zugeschoben, so wie Rußland selbst Ostpreußen einsteckte. Noch knapp vor den Wahlen erklärte Molotow, daß diese Gebiete bei Polen verbleiben würden. Dieses stalinische Verbrechen am Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die SED deckt, trägt nun seine erste Frucht: die Niederlage der SED.

Dazu kommt noch der bürokratische Terror, den die deutschen Arbeiter jetzt aus der Nähe kennenlernten. Überall setzte die Stalinbürokratie die SED-Bürokraten diktatorisch an die Spitze, ohne die Meinung der Arbeiter einzuholen. Die stalinische "Demokratie" trieb ihre krgsten Blüten: Verschwinden von SP-Funktionären, die den Schwindel der SED nicht mitmachten oder ihn aufzeigten (Schwindlerkonkurrenz!), Verbot der SP, wodurch diese noch zum Märtyrer gestempelt wurde, in der Provinz - usw. Diese Politik der Peitsche gegen die Arbeiter kombinierte die Stalinbürokratie verbracherisch mit einer Korruptionsoffensive: vor den Wahlen verteilte sie Zigaretten usw., um die Arbeiter zu "gewinnen"! Die Stalingauner können sich nur käufliche, bestechliche Arbeiter vorstellen - so wie sie selbst korrupte, bestechliche Bürokraten sind. Aber auch diesen stalinischen Verbrechen hat der Großteil der Berliner Arbeiter widerstanden.

Schließlich werden sich die Berliner Arbeiter gesagt haben: wozu die SED wählen, die doch nur derselben Grundlinie wie die SP steht? Beide wollen doch den "Frieden", die "Einheit" Deutschlands, beide sitzen mit den Kapitalistenparteien, der CDU usw., in den Stadtparlamenten und Behörden einträchtig zusammen - wozu also die SED wählen? Und hat nicht der "geniale" Stalin noch knapp vor den Wahlen der Labourdelegation in Moskau erklärt, auch der "englische" Weg führe zum "Sozialismus"? Ja, Stalin hat das erklärt, er hat den "Sozialismus" der Atlee, Bevin & Co. eingesegnet - er hat also der SP bestätigt, daß auch sie zum "Sozialismus" gehe (so wie ihn Stalin und die SP versteht): also wozu sollen dann die Arbeiter noch unterscheiden? Stalin selbst hat den SP-Weg zum "Sozialismus" der "unblutigen" genannt - also wozu dann den "blutigen" Weg wählen, den die SED, wie die Arbeiter annahmen müssen, vertritt? Stalin selbst hat also der Labourparty, der SP das Zeugnis ausgestellt, daß sie zum "Sozialismus" geht - und die Berliner Arbeiter haben eben den SP-Weg vorgezogen. Dafür erklärt sie Stalin tags darauf für - faschistisch verseucht!

Ist die letzte und eigentliche Wurzel der Niederlage der SED die stalinische Gesamtpolitik, diese verräterische, kleinbürgerliche, auf die Befriedung der stalinbürokratischen Interessen ausgehende Politik, die auch die SED betreibt. Die Niederlage beweist auch, daß mit den Bodenenteignungen usw., welche die Stalinbürokratie vorgenommen hat, letzten Endes nur dann eine Stärkung der proletarischen, eine Schwächung der kapitalistischen Positionen erreicht wird, wenn die Gesamtpolitik gegen die gesamte Bourgeoisie ausgerichtet ist. Jede fortschrittliche Maßnahme auf Teilgebieten, wie sie z.B. die Bodenverteilungen vorstellen, wird durch die stalinische Gesamtpolitik, der die SED folgt, aufgehoben, verliert ihre Anziehungskraft auf die Massen.

IV. "FEHLER" DER VERGANGENHEIT.

Als die Pieck & Co. im Vorjahr aus Moskau nach Deutschland zurückkehrten, müssen ihnen die deutschen Arbeiter verschiedene kritische Fragen nach der Vergangenheit gestellt haben, denn die Stalinbürokraten sahen sich gezwungen, eine Broschüre vom Stapel zu lassen, in welcher sie auch "Fehler" der Vergangenheit einstanden. Wir greifen nur eines der verlogenen "Argumente" heraus: Schuld an der Niederlage von 1933 sei die ultralinke Clique der Neumann & Co.

Wie steht es mit diesem "Argument"? Die Neumann-Clique trieb wahrhaftig Jahre hindurch ihr verbrecherisches Spiel mit der deutschen Arbeiterklasse (Neumann sogar mit der Arbeiterklasse Chinas). Aber in jeder dieser Etappen dieses verbrecherischen Spiels fanden die Neumann & Co. letzten Endes den Halt - an Stalin! Stalin war es, der, wenn die Auswirkungen seiner bürokratisch-zentristischen Rechtspolitik sichtbar wurden, die Neumann & Co. ans Ruder ließ, die dann durch ihre ultralinke Politik, durch ihr scheinradikales Reden und Handeln die Spuren der stalinschen Verbrechen verwischten, ihre eigenen Verbrechen den stalinschen anschlossen - und die Niederlage vollendeten. Dann, ja dann ließ sie Stalin fallen und stellte sie als die einzig Schuldigen hin!

Aber die Pieck & Co. schweigen über den entscheidenden Punkt: daß nämlich die scheinradikale stalinsche Politik des "Sozialfaschismus" es letzten Endes war, welche zur Katastrophe von 1933 geführt hat! Darüber müssen die Pieck & Co. schweigen, denn hier müßten sie ihren Herrn und Meister selbst angreifen!

Stalin ist der Vater dieser "Theorie" des "Sozialfaschismus" gewesen, die in den Jahren 1930-33 die Linie der damaligen KPD beherrschte. Nach dieser "Theorie" Stalins ist die SP nichts anders als der Zwillingsbruder des Faschismus: beide, SP und Faschismus, seien Stützen des Kapitals; die SP stütze die Kapitalisten von links, der Faschismus von rechts. Stalin und seine Kumpane erklärten an Hand dieser "Theorie", daß also kein Unterschied zwischen SP und Faschismus bestehe: beide müßten gleicherweise vom Proletariat, von der KP bekämpft werden, die SP sei eben "sozialfaschistisch"!

Diese verbrecherische "Theorie" Stalins übersah dabei nur eines - nämlich das Entscheidende: daß wohl beide, SP wie Faschismus, Lakaien des Kapitals sind, aber solche Lakaien, die gezwungen sind, einander den Schädel einzuschlagen! Trotzki, die kommunistische Linksoption in allen Ländern, vor allem in Deutschland, bekämpfte die verbrecherische Theorie Stalins, zeigte auf, daß SP und Faschismus nicht nebeneinander, sondern nur gegeneinander die Bourgeoisie bedienen können, forderten den Bruch mit dieser "Theorie" des "Sozialfaschismus", sagten voraus, daß die Stalinpolitik zur fürchterlichsten Katastrophe des deutschen, ja des internationalen Proletariats führen müsse, forderten, daß die KPD unter Anwendung der leninschen Einheitsfronttaktik zusammen mit der SP gegen die Hitlerbanditen den Kampf aufnehmen müsse. Vergeblich. Stalin, unter seiner Führung die damalige KPD, die sich in den Händen der Werkzeuge Stalins, der Thälmann & Co. befand, lehnte Jahre hindurch die Vorschläge der Linksoption ab, verwarfen die Anwendung der leninschen Einheitsfronttaktik, obwohl sich am Horizonte bereits die katastrophale Niederlage des deutschen Proletariats abzeichnete. Die Folge dieser stalinschen Verratspolitik trat 1933 ein: Hitler warf das deutsche Proletariat kampfflos nieder und begann sein blutiges Werk.

Über diese "Fehler" der Vergangenheit müssen die Stalin, Pieck & Co., aus die SED schweigen. Sie sind die eigentlichen Verbrecher im deutschen Proletariat! Aber es sind auch heute noch genug Ar-

beiter in Deutschland, die die Erfahrungen dieser Jahre vor 1933 nicht vergessen haben!

V. DIE LEHREN FÜR DAS DEUTSCHE PROLETARIAT.

Wenn wir die Frage aufwerfen, welche Lehre muß das deutsche Proletariat grundlegend ziehen, auch aus der Niederlage der SED bei den Berliner Wahlen, so gibt es darauf nur eine einzige Antwort: Weder SP noch SED - sondern Schaffung der neuen, proletarisch-revolutionären Klassenpartei des Proletariats, der Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die Stalin zerstört hat mit seinen Verbrechen an deutschen und internationalen Proletariat!

Nur wenn die deutschen Arbeiter diese Schlußfolgerung aus all ihren fürchtbaren Erfahrungen ziehen, können sie wieder den Weg nach aufwärts finden. Der Verfall der SP wie der SED ist unvermeidlich. Letztere weist jetzt nach den Wahlen schon Zersetzungssymptome auf. Nur Stalinterror kann den Zerfall äußerlich unsichtbar machen: aber umso ärger wird die innere Zersetzung um sich greifen. Der Zerfall der SED wird im ersten Anlauf, wie sich bei den Wahlen als Folge der Stalinpolitik schon zeigte, der SP zugute kommen. Aber diese ist genau so unbrauchbar für das Proletariat wie die SED. Nicht wenige ernste Arbeiter werden nach einem Ausweg suchen, suchen diesen Ausweg heute schon. Je früher sie sich zusammenschließen, um an den Neuaufbau der Partei Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs heranzugehen, umso früher wird der Tag der Wiederauferstehung des deutschen Proletariats da sein. Darum: VORWÄRTS ZUR INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS, Sektion der 4. Internationale! Diese einzige Lehre müssen die deutschen Arbeiter aus der Niederlage der SED ziehen.

++0++

M A R X I S M U S U N D O P P O R T U N I S M U S I N D E R F R A G E D E S S T A A T S A P P A R A T E S

Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Er stellt die Organisation, das Instrument der herrschenden Klasse dar zur Aufzwingung ihres Willens, ihrer Interessen den unterdrückten Klassen. Zu diesem Zweck muß jede nach der Macht greifende Klasse diese ungeteilt, usurpatorisch an sich reißen, d.h. die alte Klassenmacht durch die Revolution zertrümmern, die alte Staatsmaschinerie bis auf den Grund zerstören, ihren neuen Herrschaftsapparat an dessen Stelle setzen und mit diesem die Unterwerfung der gegnerischen Klassenkräfte rücksichtslos durchführen. Das Bestehen des Staates allein beweist schon die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, da er die Unterdrückung zum Gesetz erhebt und festigt, als Schöpfer der "Ordnung".

Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht immer offener hervor. Der Gang der ökonomischen Entwicklung, sowohl in seiner immer größer werdenden Verkomplizierung als auch in der immer intensiver werdenden Ausbeutung zieht eine immer größere Anschwellung des Staatsapparates nach sich. Die Differenzierung zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern wird dadurch immer größer, der Klassenkampf immer heftiger, akuter; die Folge ist ein neuerliches Anwachsen der Repressivgewalt. Insbesondere aber weist der Imperialismus, die Epoche des Bankkapitals, der gigan-

tischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hineinwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der Staatsmaschinerie auf, ein unerhörtes Anwachsen des Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit einer Verstärkung der Repressivmaßregeln gegen das Proletariat. Der imperialistische Krieg setzt dem die Krone auf; vermittelt der monströsen Staatsmaschinerie diktieren einige wenige reiche Magnaten ihren Willen der Welt.

Bei der Untersuchung, welche Klasse den Staatsapparat inne hat, diesen beherrscht, ist es völlig gleichgültig, welche Form sie denselben zur Zeit gegeben hat, ob demokratisch verhüllt oder diktatorisch offen; ist es völlig gleichgültig wie dessen Spitze, die Regierung zusammengesetzt ist; dies alles sind taktische Möglichkeiten, freiwillig oder der Zweckmäßigkeit der Lage entsprechend, über welche die herrschende Klasse verfügt. Der Imperialismus drängt immer zur offenen Herrschaftsform seiner Diktatur, aber er hat gleichzeitig die Verteidigung des Reichtums in jeder bürgerlichen Demokratie zu einer derart außergewöhnlichen Kunst entwickelt, daß, wenn er zu jener greift, seine Macht darin so sichert, daß ein Wechsel der Personen, Institutionen, Parteien diese Macht nicht erschüttert. Die Allianz zwischen Regierung und Finanzoligarchie sowie die direkte Beamtenkorruption besiegeln diese Macht.

Es ist gänzlich aussichtslos, die kleinbürgerlichen Demokraten von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu überzeugen; sie vermögen einfach den Kern in der Frage des Staates nicht zu begreifen - ob die unterdrückte Klasse Waffen besitzt. Sie sehen im Staat ein Mittel der Klassenversöhnung, in der Entwaffnung der Unterdrückten eine "Staatsnotwendigkeit".

Damit kommen wir zum entscheidenden Punkt: Der Staat ist die Einrichtung der öffentlichen Gewalt einer Klasse. Sie existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängeln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art. Das stehende Heer und die Polizei, dies sind die Hauptwaffen der Staatsgewalt; diese beiden Begriffe als "Schützer der Ordnung und des Staates" sind den Massen so eingehämmert, so gewohnt und durch versteinerte Vorurteile so geheiligt, daß die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter nicht oft genug auf diese Grundpfeiler der bürgerlichen Diktatur gelenkt werden kann. Ihr Bestehen kennzeichnet das Wichtigste und Grundlegendste der Klassenherrschaft: die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnliche feindliche Klassen. Diese Spaltung macht es unmöglich, eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung durchzuführen, weil deren selbsttätige Bewaffnung zu einem bewaffneten Kampf unter den feindlichen Klassen führen müßte. Jede herrschende Klasse bildet daher sofort ihren Staat, schafft sich ihre besondere Macht in ausschließlich ihr dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen. Und diese öffentliche Macht verstärkt sich in der Maße, wie sich die Klassengegensätze innerhalb des Staates verschärfen.

Jede Klassenherrschaft schafft sich in ihrem Staat den ausschließlich ihr dienenden Verwaltungsapparat. Beamtentum und die bewaffneten Formationen, beide sind mit tausenderlei Fäden mit der herrschenden Klasse verbunden und verkörpern dies in der Automatik des Staatsapparates. Als Exekutivorgane von Ausbeuterklassen mußten diese Organisationen von "Dienern der Gesellschaft" in "Herren über die Gesellschaft" verwandelt werden, mit besonderen Privilegien und Autorität. Die Entwicklung, Vervollkommnung und Festigung dieses Beamten- und Militärapparates wurde weiter beschleunigt durch die Ausdehnung der Staatsmaschinerie, wobei die Besonderheit der imperialistischen Epoche diesen Prozeß ins Unge-

ahnte antrieb durch das Wuchern des Rentners und der staatlichen Monopole. Diese gewaltige Ausdehnung mußte auch große Teile des Kleinbürgertums erfassen, welche vermittels dieses Apparates auf die Seite der Großbourgeoisie gezogen und ihr unterworfen wird durch Vergebung bequemer, ruhiger und ehrenvoller Pöstchen. Die Verkettung des Kleinbürgertums mit dem bürgerlichen Staatsapparat bildet so eine weitere Untermauerung der kapitalistischen Diktatur.

Die Haltung der kleinbürgerlichen Parteien zu dieser Kardinalfrage des Staatsapparates ist durch und durch verräterisch. Der Stalinist Honner, Staatssekretär für Inneres in der provisorischen Koalitionsregierung 1945, setzte seinen Ehrgeiz in das Neuorganisieren der bewaffneten Macht des kapitalistischen Staatsapparates in Österreich, der Polizei und Gendarmerie. Der Beifall der bürgerlichen Welt in dieser Zeit ernstester Krise war Tatsache. Sein Nachfolger aus der SP, Innenminister Helmer, setzte dieses Werk der Restaurierung dieses Machtapparates mit aller Energie fort, sei es, daß die alten "Pachleute" des Niederschlagens der Arbeiterschaft von 1934, Hüttl, Ferraris, usw. wieder eingestellt werden, sei es in dem ununterbrochenen Drängen nach der Bewaffnung bis an die Zähne. Geschickt versuchen diese "Demokraten" die heikle Frage des Staatsapparates zu umgehen. Sie verlangen, daß diese Machtfunktionen "ein Instrument der demokratischen Republik" seien; sie nehmen an, "daß die derzeitige Einstellung Hüttls, Ferraris zur demokratischen Republik zweifellos eine bejahende ist" usw. Nun, welche Bewandnis es mit einer bürgerlich-demokratischen Republik hat, dies geht bereits aus oben Angeführtem hervor; die vergangenen Jahrzehnte sprechen außerdem eine harte Sprache. Die Verknüpfung der Spitzen des Machtapparates mit der Bourgeoisie kommt in Person der wiedereingestellten Polizeigewaltigen von 1934 so deutlich zum Ausdruck, daß Helmer - unter Berufung auf seinen stalinistischen Konkurrenten Honner - sehr kräftig ins Horn stoßen muß, um den Unmut, das Mißtrauen der Arbeiterschaft zu zerstreuen.

Der Kampf der beiden opportunistischen Parteien SP/StP geht nicht gegen die bewaffneten Formationen des bürgerlichen Staates, denn das wäre praktisch ein Schlag gegen denselben - sondern es ist ein Kampf um die bewaffneten Institutionen, ein Kampf um die fertige Staatsmaschinerie.

Es ist üblich bei den kleinbürgerlichen Demokraten, über all dies Schweigen zu bewahren; sie betrachten es als eine "Naivität", von einer Abschaffung der besonderen bewaffneten Formationen auch nur zu sprechen, ohne die sie sich eine Ordnung überhaupt nicht vorstellen können. Sie denken nur noch an die "Eroberung der Staatsmacht", d.h. an die friedliche Neuaufteilung der Posten und Pöstchen, möglichst nach dem geheiligten Proporz.

Zu einer bürgerlich-demokratischen Diktatur gehört als notwendiges Requisit eine ebensolche parlamentarische Körperschaft. Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll - das ist das wirkliche Wesen des Parlamentarismus. Tatsächlich ist das Parlament nichts als eine Institution im Ausbeuterstaat, woran sich nichts ändert, wenn dieses Parlament von den kleinbürgerlichen Demokraten und Berufsparlamentariern "erobert" wird, denn gesetzgebende und vollziehende Tätigkeit sind im Parlamentarismus getrennt. Damit wird das Parlament zur Schwatzbude; man sehe sich nur irgendein parlamentarisch regiertes Land an, von Frankreich bis England, von den USA bis Österreich: die eigentliche "Staats"arbeit wird hinter den Kulissen, in den Kanzleien und Stäben, den Geldinstituten und Wirtschaftsverbänden geleistet.

Ist es ein Wunder, wenn selbst in den von Pseudokommunisten (Stalinisten) geleiteten Ministerien der Beamtensapparat im wesentlichen der alte bleibt, vor allem in alter Weise funktioniert; wenn jede auch nur bescheidene fortschrittliche Initiative sabotiert wird wie z.B. im Energieministerium in Österreich? Ist es nicht bezeichnend, wie der bürgerliche Staatsapparat die gewählten Parlamentarier sofort über das Volk stellt, sie in seine besondere Obhut nimmt, sie für die gewählte Amtsperiode gegen die eigene Wählerschaft immunisiert, sie unabsetzbar erklärt, ihnen einen hohen Gehalt zufließen läßt, sie der direkten und indirekten Bestechung unmittelbar ausliefert?

Auf verschiedenen Wegen, aber mit demselben Inhalt, versuchen heute die beiden opportunistischen Parteien SP/StP die Staatsmacht, die politische Herrschaft "friedlich" zu erobern. Für sie ist die bürgerliche Demokratie die Versöhnung der Klassen innerhalb des kapitalistischen Staatsapparates, die Polizei soll hierzu zu einem - "Garant" gemacht werden! Sie können und werden es nicht begreifen - kann es denn auch anders sein? - daß die Arbeiterklasse nicht einfach die fertige Staatsmaschine in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke ausnützen kann.

Man betrachte, was in April 1945 in Österreich vor sich gegangen ist. Morgenluft witternd, stürzten sich Reformisten gemeinsam mit den frisch getünchten "demokratischen" Bourgeois über die Beute; die Besetzung der Posten, der Staatssekretäre, der ganzen zentralen und lokalen Verwaltung wurde aufgeteilt. November 1945, die Wahlen! Das Kombinationsspiel über die Zusammensetzung der Regierung war nur der Ausdruck der Neuverteilung der Beute nach dem Proporz oben und unten, im ganzen Lande. Das Ergebnis, ein Jahr nach der Wahl: die Verteilung der Beamtenstellen hat stattgefunden, "Fehler" in der Verteilung durch einige Umbesetzungen korrigiert, die Ausbeuterwirtschaft wurde angekurbelt, die Arbeiterschaft verelendete in einem Maße, das unerträglich ist und sich weiter steigert.

Unter diesen Bedingungen führt der mit Kapitalisten in Ministergemeinschaft befindliche "Sozialist" Innenminister Helmer aus: "Es ist eine entscheidende Frage, ob die Arbeiterschaft durch ihre Vertrauensmänner Staatsgeschäfte ausüben soll oder beeinflussen kann oder nicht. Nur in seltenen Fällen bedeutet es einen Vorteil, wenn die Arbeiterschaft in der Regierung nicht vertreten ist, meistens aber bringt dies Nachteile - insbesondere dann, wenn Staat und Wirtschaft neu aufgebaut werden müssen".

Diese Ausführung bedeutet den Schlußstrich unter das Kapitel Klassenkampf, sie bedeutet zum wiederholten Male die Gutheißung der zum Gesetz erhobenen Unterdrückung der Ausgebeuteten mittels der bürgerlichen Staatsmaschine. Oder in anderen Worten: Proletarier, baue dir selbst dein Zwangsarbeitshaus und bilde dir in deinen "Vertrauensmännern" die Antreiber und Wärter.

Das Bürgertum gibt seine Macht nie in "friedlichen Wettbewerb" ab, sondern diese Macht muß durch die proletarische Revolution gebrochen werden. Hierzu muß sich das Proletariat in seiner Klassenpartei organisieren, diese aufbauen. Die Macht der Bourgeoisie kann nur gebrochen werden durch die Konzentration aller Kräfte zur Zerstörung der kapitalistischen Staatsmaschine, an deren Stelle die revolutionäre Arbeiterschaft unter Führung ihrer Klassenpartei die Diktatur des Proletariats setzt. Polizei und stehendes Heer ist sofort zu zerbrechen und an deren Stelle die selbsttätige Bewaffnung der Ausgebeuteten zu stellen (Volksmiliz). Der alte bürokratische Apparat ist durch die Machtergreifung zu zerschlagen und bis auf den Grund zu zerstören. Nicht nur Wählbarkeit, sondern jederzeitige Absetzbarkeit aller Beamten bis zur obersten Spitze, keine den Arbeiterlohn übersteigende Bezahlung, sofortiger

Übergang dazu, alle "Bürokraten" werden zu lassen, damit es keiner wird, dies ist die Grundlage der proletarischen Demokratie. Dies ist die Grundlage aber auch, womit bereits heute die Bürokraten der kleinbürgerlichen Parteien zu fassen sind, denn von einer solchen Demokratie wollen sie nichts wissen. Ersetzung des Parlaments durch arbeitende Körperschaften, dies ist ein Torpedo, den die Opportunisten absolut nicht vertragen.

Diese Lösungen beinhalten, daß die revolutionäre Klassenpartei zur Durchführung ihres Programms alle Möglichkeiten der kapitalistischen Klassenherrschaft ausnützt. In dieser Hinsicht verteidigen wir die verhängte kapitalistische Diktatur gegenüber der offenen, da sie uns einen günstigeren Boden für den Klassenkampf bietet. In dieser Hinsicht lehnen wir die Teilnahme an bürgerlichen Parlament nicht prinzipiell ab, ebensowenig wie den Kampf mit den Stimmzettel. Aber zum Unterschied von den Opportunisten sind wir uns bewußt und sprechen es auch immer wieder vor der Arbeiterschaft offen aus, daß die Wahl im bürgerlichen Staat nie mehr als ein Gradmesser der Reife der Arbeiterschaft sein kann, daß das Parlament uns nur als Tribüne vor dem Volke dient und wir jede außerparlamentarische Massenaktion hoch über jede parlamentarische Debatte stellen. Die bürgerliche Demokratie dient uns einzig und allein als bestes Sprungbrett zur Herrschaft der Arbeiterklasse, zur gewaltsamen Brechung der Herrschaft einer Minderheit über die ausgebeutete Mehrheit.

++0++

S T R E I F L I C H T E R Z U R L A G E

"VOLKS"GERICHTE IN TÄTIGKEIT

Am 8.11. stand ein jüdischer KZ-ler, der beschuldigt war, als Blockflüsterer seine jüdischen Mitgefangenen mißhandelt und bei der Essensverteilung betrogen zu haben, vor dem "Volks"gericht. Die Schuld des Angeklagten konnte nicht eindeutig erwiesen werden; manches erwies sich als der aufgebauschte Lagertratsch armer, hungriger, mißhandelter und daher leicht erregbarer Menschen. Dennoch wurde der Angeklagte zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Dasselbe "Volks"gericht verurteilte Nazis, die wegen viel größerer Verbrechen angeklagt sind, zu viel geringeren Strafen oder spricht sie überhaupt frei. Es ist also klar, daß dieses Urteil nicht der Sühne des des Angeklagten zur Last gelegten Verbrechens, sondern des jüdischen KZ-ler gilt. Milde den Faschisten, Erbarmungslosigkeit den Opfern des Faschismus - das ist die Praxis der sogenannten "Volks"gerichte, in denen nur reaktionäre Berufsrichter sitzen. Das wird sich erst ändern, wenn an ihrer Stelle ein wirkliches Volksgericht tritt, in dem vor allem die Opfer des Faschismus bzw. deren Hinterbliebenen über die Nazis zu Gericht sitzen werden. Schluß mit den reaktionären Berufsrichtersensaten, Wiederherstellung der Geschworenengerichtsbank, Aufstellung von wirklichen Volksgerichten über die faschistischen Verbrecher und ihre kapitalistischen Auftraggeber!

DER WITZIGE SP-PARTIEVORSTAND

Auf dem sozialistischen Parteitag bringt der Vertreter der "Revolutionären Sozialisten", der "linke" Erwin Scharf den politischen Bericht des Parteivorstandes. Alle entscheidenden Stellen im Parteiparagraf, alle der SP zugängigen wichtigen Posten in Staat

und Gemeinde wurden von den "Alten", den Renner, Helmer, Speiser & Co. besetzt; die Politik der SP wird ausschließlich von dieser reaktionären Clique bestimmt, die die RS ganz an die Wand gespielt hat. Die undankbare Aufgabe jedoch, diese Politik vor den erbitterten Arbeitern zu vertreten, sie ihnen schmackhaft zu machen, haben die "Alten" großzügig den RS überlassen. Wie man sieht, hat der SP-Parteivorstand ebensoviel Sinn für Huner wie für praktische Arbeitsteilung.

++0++

=====

B E R I C H T I G U N G E N:

Zu "Spartakist" Nr. 12, Seite 8, Abschnitt III, 3. Zeile von unten:

Das Zitat: "Mögen doch unsere Staatssozialisten" ist dem Leninschen Werk "Imperialismus, die jüngste Etappe des Kapitalismus" entnommen, stammt aber nicht von Lenin selbst (wie irrtümlich angegeben wurde!), sondern ist von Lenin als ein "wertvolles Verständnis bürgerlicher deutscher Nationalökonomien" aus der Zeitschrift "Die Bank" angeführt.

+

Zu "Spartakist" Nr. 12, Seite 10, Abschnitt IV, Einschiebsel:

Die Einfügung am Ende des Abschnitts IV soll richtig lauten: "der durch die Enteignung betroffenen Kapitalisten" und nicht "... Entschädigung ...".

++0++

=====

Z I T A T E aus dem ÜBERGANGSPROGRAMM der IV. Intern. von 1938:

"..... Die Vierte Internationale sagt den Bürokratie der Zweiten, Dritten, Amsterdamer und anarchosyndikalistischen Internationalen, sowie ihren zentristischen Satelliten unversöhnlichen Kampf an: den Reformismus ohne Reformen, den Demokratismus im Bunde mit der GPU, den Pazifismus ohne Frieden, den Anarchismus im Dienste der Bourgeoisie, den "Revolutionären", die die Revolution auf den Tod fürchten. All diese Organisationen sind kein Unterpfand der Zukunft, sondern faulende Überreste der Vergangenheit. Die Epoche der Kriege und Revolutionen wird von ihnen keinen Stein über dem anderen lassen....."

+

"..... Offen der Wirklichkeit ins Auge schauen, nicht die Linie des geringsten Widerstandes suchen, die Dinge bei ihren Namen nennen, den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sei, nicht vor Hindernissen zurückschrecken, treu und zuverlässig sein im Kleinen wie im Großen, sich auf die Logik des Klassenkampfes stützen, Wagemut beweisen, wenn die Stunde der Tat geschlagen hat - das sind die Regeln der Vierten Internationale. Sie hat gezeigt, daß sie gegen den Strom schwimmen kann. Die nächste Welle der Geschichte wird sie auf ihren Kamm haben....."

=====

++0++